

45659 Recklinghausen

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

**Betr.: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für eine
„Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“
Förderbereich 6: Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur
Abwasserbeseitigung**

RdErl. des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und
Verbraucherschutz -IV-7-025 089 0010- vom 10.04.2017

1. Antragstellerin / Antragsteller	
Name / Bezeichnung	
Anschrift	Straße / PLZ, Ort
vertreten durch	Name(n), Vorname(n)
projektleitende Person	Name / Tel. (Durchwahl) / E-Mail / evtl. Fax /
Bankverbindung	Konto-Nr. Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts

2. Maßnahme	
Bezeichnung	
Durchführungszeitraum	von - bis

Projektform	<input type="checkbox"/> Forschungseinrichtung (nach Ziffer 13.3.1 der Richtlinie) <input type="checkbox"/> Forschungseinrichtung mit einem Unternehmen als Kooperationspartner (nach Ziffer 13.3.2 der Richtlinie) Name/n des/der antragstellenden Kooperationspartner/s: <input type="checkbox"/> Unternehmen oder Einrichtung, deren Vorhaben der Stärkung von Forschung, Innovation und Technologie dienen (nach Ziffer 13.3.3 der Richtlinie)
Projektcharakter	<input type="checkbox"/> Grundlagenforschung <input type="checkbox"/> industrielle Forschung <input type="checkbox"/> experimentelle Entwicklung

3. Finanzierungsplan

	Gesamt	(auszufüllen, wenn sich die Maßnahme über mehrerer Jahre erstreckt) davon Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
		20__	20__	20__ und folgende
	€	€	€	€
1	2	3	4	5
3.1 Gesamtkosten (lt. beil. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung)				
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
3.3 abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung) ./.				
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben =				
3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)				
3.6 beantragte/ bewilligte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch:				
3.7 Eigenanteil				

4. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich	Zuschuss €	v.H. von Nr. 3.4
1	2	3
Summe		

5. Begründung

- 5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenanteil, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin / für den Antragsteller, die Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.

7. Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

- Es wird die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn beantragt.
Begründung (zwingend erforderlich):

7.2 sie / er zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt ist,
 berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat
(Preise ohne Umsatzsteuer),

7.3 für dieses oder andere Vorhaben (5 Jahre rückwirkend, maßgeblich ist das Datum der Antragstellung) keine weiteren öffentlichen Förderungen beantragt oder bewilligt wurden,

- für dieses oder andere Vorhaben (5 Jahre rückwirkend, maßgeblich ist das Datum der Antragstellung) weitere öffentlichen Förderungen beantragt oder bewilligt wurden,
(Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen),

7.4 er/sie **keine** institutionelle Förderung erhält, die u.a. auch zur Deckung von Gemeinausgaben dient,

- er/sie **eine** institutionelle Förderung erhält, die u.a. auch zur Deckung von Gemeinausgaben dient.
Für diesen Fall wird erklärt, dass es sich bei den in diesem Projekt geltend gemachten Gemeinausgaben ausschließlich um zusätzliche Gemeinausgaben handelt, die unmittelbar durch das Projekt entstehen und nicht bereits Gegenstand einer institutionellen Förderung sind.

7.5 sie / er bis jetzt keine Beihilfen erhalten hat, die Gegenstand einer anhängigen Rückforderungsanordnung der EU-Kommission sind und

7.6 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

7.7 Die Antragstellerin / Der Antragsteller bestätigt, dass ihre / seine Erkenntnisse und Ergebnisse, die aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUV verfügbar gemacht werden. Die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse können von dort vollständig an Dritte weitergegeben werden.

7.8 Die Antragstellerin / Der Antragsteller ist damit einverstanden, dass ihre / seine Angaben zum Zwecke der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im LANUV gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Wird die Einwilligung verweigert, so steht dies dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen. Wird die Zustimmung erteilt, so kann diese nur bis zur ersten Mittelauszahlung widerrufen werden. Ein Widerruf der Einwilligung kann zur Aufhebung des begehrten Rechtsverhältnisses führen. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, externe Gutachter mit der Prüfung des Antrags zu beauftragen und im Falle der Bewilligung den Namen des Antragsstellers und ggf. Kooperationspartners, die Projektbezeichnung, die Gesamtausgaben der Maßnahme und die bewilligte Zuwendung zu veröffentlichen.

7.9 Der Antragstellerin / Dem Antragsteller ist bekannt, dass alle Angaben im Antrag (Ziffern 1 - 7 einschließlich mit Antragsstellung vorgelegter und nachgereichter Antragsunterlagen)

- subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionengesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 702) sowie § 2 Abs. 1 Subventionengesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) sind, das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen,
- sie / er verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.

Für Forschungseinrichtungen:

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

7.9 sie / er eine Forschungseinrichtung nach Ziffer 13.3.1 der Richtlinie darstellt¹ und als solche

- nicht wirtschaftlich im Sinne von Ziffer 13.4.1 der Richtlinie tätig wird oder
- sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, aber beide Tätigkeitsformen und ihre Kosten und Finanzierungen eindeutig voneinander getrennt werden können und sich die Förderung auf die nichtwirtschaftliche Tätigkeit bezieht.

8. Anlagen

- Projektbeschreibung nach Ziffer 13.7.2 der Richtlinie
- Einverständniserklärung REFORDAT und UFORDAT
- De-minimis-Erklärung für Zuwendungsempfänger nach Ziffer 13.3.2 und 13.3.3 der Richtlinie
- Kooperationsvertrag (für Kooperationsprojekte) sowie tabellarische Aufstellung der Verteilung der Kosten, Eigenanteile und Förderung
- weitere Anlagen:

¹ Forschungseinrichtungen sind Einrichtungen wie Hochschulen oder Forschungsinstitute unabhängig von ihrer Rechtsform (öffentlich- oder privatrechtlich) oder Finanzierungsweise, deren Hauptaufgabe in Grundlagenforschung, industrieller Forschung oder experimenteller Entwicklung besteht und deren Ergebnisse durch Lehre, Veröffentlichung und Technologietransfer verbreiten. Sämtliche Gewinne müssen in diese Aktivitäten, die Verbreitung ihrer Ergebnisse oder die Lehre reinvestiert werden. Unternehmen, die beispielsweise als Anteilseigner oder Mitglieder Einfluss auf eine solche Einrichtung ausüben können, genießen keinen bevorzugten Zugang zu den Forschungskapazitäten der Einrichtung oder den von ihr erzielten Forschungsergebnissen.

9. Vertretungsberechtigung/Unterschriftvollmacht

Hiermit bestätige ich, dass folgende Personen zur Vertretung in Angelegenheiten dieses Fördervorhabens berechtigt sind:

Name	Unterschrift

.....
Ort, Datum

.....
Rechtsverbindliche Unterschrift

.....
Name, Funktion